

Ausgabe Dezember 2023

Kieler Nachrichten 22.11.2023

## Die Nord-Wirtschaft schiebt Frust

Traditionelles Grünkohlessen der Unternehmensverbände: UV-Nord-Präsident rechnet mit der Ampel ab

VON ULRICH METSCHIES

**KIEL.** Die Wirtschaft im Norden ist nicht gut zu sprechen auf die Berliner Regierungskoalition. Das ist nicht so neu. Doch beim inzwischen 56. Grünkohlessen der Unternehmensverbände am Dienstagabend im Hotel Kieler Yacht-Club entlud sich der Ampel-frust der hiesigen Wirtschaft mit einer Heftigkeit, die deutlich macht: Da hat sich einiges aufgestaut.

Philipp Murmann, Präsident der Verbändevereinigung UV Nord, brachte es vor den rund 300 Gästen so auf den Punkt: „Ohne stimmiges Gesamtkonzept stolpert die Ampel weiter durch die Legislaturperiode.“ Deutschland benötige „dringend eine auf Angebote ausgerichtete Politik anstelle weiterer Gängelungen und Beschränkungen“.

Das „Übermaß an Bürokratie“, so der UV-Nord-Präsident, sei „Planwirtschaft durch die Hintertür, die Effizienz kostet und wertvolle Arbeitszeit raubt“. Und das in einer Lage, in der es ohnehin schon an „helfenden Händen und guten Köpfen“ fehle. Nach Überzeugung Murmanns braucht Deutschland „ein neues Mindset zum Thema Arbeit“. Man werde Wohlstand „auch in Zukunft erarbeiten müssen“. Das bedeute, dass eben alle mit anpacken müssten: „Eine Vier-Tage-Woche reicht nicht aus.“

Doch auch an der Arbeit der Landesregierung hat Mur-



Gedankenaustausch vor dem Unternehmergrünkohl in Kiel (von links): UV-Nord-Präsident Philipp Murmann, Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) und Rainer Holznel, Präsident des Bundes der Steuerzahler.

FOTO: THOMAS EISENKRÄTZER

mann einiges auszusetzen – vor allem, was die Schulen angeht. Die jüngste Studie des Berliner Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) zeige deutlich, dass es im Land „gravierende Baustellen“ gebe. Beim Lesen, Rechnen und im gesamten Bereich der MINT-Fächer sei Luft nach oben. Den Unterrichtsausfall nennt der Unternehmerpräsident „ein riesiges Problem“.

Und natürlich: kein Unternehmer-Grünkohl ohne das Dauerthema Infrastruktur. Einmal mehr fordert Murmann, das Land müsse „endlich vorankommen“ beim Weiterbau der Autobahn 20 und dem Ausbau von A 23 und B 5, und dürfe sich „nicht weiter von Berlin ausbremsen lassen“. Ohne bessere Anbindung werde es in Dithmarschen im Wesentlichen bei Kohlfeldern bleiben: „Weitere Ansiedlungen wie Northvolt

werden mit Feldwegen nicht gehen.“

Doch der Bau der größten Batteriefabrik Europas in Schleswig-Holstein hängt derzeit aus ganz anderen Gründen in der Luft, wie Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) deutlich machte. Noch sei völlig unklar, welche Folgen das Schuldenurteil aus Karlsruhe letztlich für Schleswig-Holstein habe. Günther forderte Berlin auf, so wie das

Land auch zu seinen Förderzusagen für Northvolt zu stehen.

Auch von Hauptredner Rainer Holznel bekommt die Politik kräftig eingeschenkt. Das Bundesverfassungsgericht, so der Präsident des Steuerzahlerbundes, habe die Schuldenbremse gestärkt – für eine generationengerechte Haushaltspolitik: „Es hilft nichts: Jetzt muss sich jedes Kabinettsmitglied als Sparminister verstehen.“

# Infektionswelle: Auch Corona auf dem Vormarsch

Krankmeldungen steigen sprunghaft an – Kassen raten zur Gripeschutz-Impfung

VON RIEKE BECKWERMERT

**KIEL.** Husten, Schnupfen, Fieber – in Schleswig-Holstein geht eine Welle von Infektionskrankheiten um. In den vergangenen drei Wochen sind die Ausfälle im Job bei ihren Versicherten sprunghaft um rund 20 Prozent angestiegen, meldet die AOK, größte gesetzliche Krankenkasse im Land. Die Zahl der aktuellen Krankmeldungen im Norden liegen demnach sogar deutlich über denen des Vorjahres. Auch Corona-Infektionen nehmen wieder zu.

„Atemwegsinfektionen machen derzeit den Menschen in Schleswig-Holstein stark zu schaffen“, bestätigt der Chef der AOK NordWest, Tom Ackermann. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zwischen 30. Oktober und 17. November zeige sich: Die Fallzahlen liegen um rund zwölf Prozent über den Werten von 2022. Den höchsten Anteil an Krankmeldungen machten aktuell die Atemwegserkran-

kungen mit 24 Prozent aus. Neben der Grippe (Influenza) ist auch Covid-19 wieder auf dem Vormarsch. Die Zahl der von der AOK registrierten Krankschreibungen kletterte von 409 Fällen in der letzten Oktoberwoche auf aktuell 778 Fälle. Tendenz: steigend.

Die Krankenkasse geht von einer hohen Dunkelziffer aus. Allerdings sei die Lage nicht mehr mit Pandemiezeiten vergleichbar, weil die Bevölkerung inzwischen eine breite Immunität durch Impfungen und Infektionen aufgebaut hat. Ähnlich äußert sich der Kieler Corona-Experte Prof. Helmut Fickenscher: „Das Coronavirus zirkuliert – aber es bewirkt wenige schwere Verläufe.“

Die Krankenhäuser haben auf die Entwicklung bereits mit neuen Hygieneregeln reagiert. Das Uniklinikum in Kiel versorgt aktuell 20 coronapositive Patienten. Nach den Worten von UKSH-Sprecher Oliver Grieve wurden begrenzte Maskenempfehlun-



**Das Coronavirus zirkuliert – aber es bewirkt wenige schwere Verläufe.**

Prof. Helmut Fickenscher,  
Infektionsmediziner

gen in Risikobereichen ausgesprochen.

Das Städtische Krankenhaus in Kiel registriert seit November einen Anstieg an Patienten, die mit oder wegen Corona stationär versorgt werden, so eine Sprecherin. Um die Beschäftigten zu schützen, gilt wegen eines ohnehin erhöhten Kranken-

stands am Patientenbett eine FFP2-Maskenpflicht.

Der Unternehmensverband Nord betrachtet die steigende Zahl von Krankschreibungen mit Sorge. „Bei dünnen Personaldecken aufgrund des Fachkräftemangels ist dies eine deutliche Belastung“, sagt ein Sprecher. Allerdings seien nicht alle gleich stark betroffen: Bei der Provinzial lag der Krankenstand Ende Oktober bei 5,46 Prozent und damit leicht unter der Quote des Vorjahres von etwa sechs Prozent, so Sprecher Heiko Wischer.

Krankenkassen wie AOK und Barmer rechnen in den kommenden Wochen mit einem weiteren Anstieg von Virusinfektionen und appellieren: Für eine Gripeschutz-Impfung sei es noch nicht zu spät. Auch der November sei ein guter Zeitraum dafür, hieß es.

Gegen Corona ließen sich allein zwischen September und Mitte November rund 170 000 Menschen impfen.

# Nord-Wirtschaft in Sorge um Konjunktur

Der Vorsitzende des Industrieverbandes Hamburgs kritisiert die Wirtschaftspolitik des Bundes

Die norddeutsche Wirtschaft hat gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank am Freitag in Hamburg über die schwache Konjunktur und deren Folgen beraten. „Die Zahlen zeigen es deutlich und schmerzlich: Deutschland ist wirtschaftlich weiter in die Abstiegszone gerutscht“, sagte Matthias Boxberger, der Vorstandsvorsitzende des Industrieverbands Hamburg (IVH).

„Falsche Prioritäten, Gezänk, Entscheidungsschwäche und handwerkliche Mängel der Bundespolitik“ würden dazu führen, dass Deutschland – anders als seine europäischen Nachbarn – mittlerweile nicht wieder in die Wachstumspur komme. „Die Folgen spüren wir auch in Hamburg: Auftragsrückgang und Investitionszurückhaltung in industriellen Kernbranchen. Es braucht jetzt dringend einen Ruck im Land für wirtschaftliche Vitalität zur Bewältigung der Krise und um die ambitionierten Klimaschutzziele auch mit wirtschaftlicher Kraft umsetzen zu können“, sagte Boxberger.

Der Sachverständigenrat Wirtschaft der Bundesregierung erwartet für 2023 einen Rückgang des deutschen Bruttoinlandsprodukts um 0,4 Prozent und

für 2024 ein Wachstum von 0,7 Prozent. Die Inflationsrate wird voraussichtlich in diesem Jahr 6,1 Prozent betragen, im kommenden Jahr 2,6 Prozent. Die sinkende Inflation, die maßgeblich auch durch Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank (EZB) erreicht wurde, ist eine wesentliche Voraussetzung für eine breite wirtschaftliche Erholung. „Die straffe Geldpolitik wirkt, aber das Eurosystem darf nicht zu früh nachlassen“, forderte Arno Bäcker, Präsident der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Hamburg, Meck-

lenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein als Gastgeber der Veranstaltung „Konjunkturperspektiven 2024“. Die Leitzinsen müssten für einen ausreichend langen Zeitraum auf einem notwendig hohen Niveau liegen.

Bei der Veranstaltung veröffentlichten mehrere Wirtschaftsverbände ihre Aussichten, so auch der Dachverband UVNord. Dessen Präsident Philipp Murmann sagte: „Die Wirtschaftspolitik muss endlich die Standortqualität verbessern und vor allem wieder für Vertrauen in Wirtschaft und Gesellschaft sorgen. Die Investitionszurückhaltung der Unternehmen kann nur mit klaren und verlässlichen Rahmenbedingungen für Investitionen am Standort aufgelöst werden.“ Die Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung von Bund und Ländern seien ein erstes richtiges Signal: „Die Vorschläge müssen aber auch zügig umgesetzt werden, und zwar im Bund und in den Ländern.“

Die Bundesregierung hatte am Donnerstag beschlossen, die Stromsteuern für energieintensive Unternehmen deutlich zu senken – als Alternative zu einem zuvor lange diskutierten, subventionierten „Industriestrompreis“. Geplant ist zunächst vor allem eine Sen-

kung der Stromsteuer für 2024 und 2025 für alle Unternehmen des produzierenden Gewerbes auf das EU-Minimum von 0,05 Cent je Kilowattstunde. Hamburgs Handwerkskammer-Präsident Hjalmar Stemmann begrüßte dies, kritisierte aber auch, dass viele Handwerksunternehmen davon nicht profitieren werden. „Enttäuschend ist, dass etwa die sehr energieintensiv arbeitenden Textilreinigungen oder Betriebe des Kfz-Handwerks nichts davon haben, weil sie formal betrachtet nicht zum produzierenden Gewerbe zählen“, sagte er. „Für viele von ihnen ist die Stromkostenbelastung existenzgefährdend.“

Stefan Kooths, Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am Kiel Institut für Weltwirtschaft, rief dazu auf, an Stellgrößen zu drehen, die die Wirtschaftspolitik in der Hand hat, um den Standort zu stärken. „Die deutsche Konjunktur stolpert durch das Jahr 2023, für 2024 fällt die erwartete Erholung moderat aus. Dass die Wirtschaft dennoch schon bald an die Grenzen der Produktionsmöglichkeiten stößt, zeigt: Das Potenzial hat in den zurückliegenden Krisen gelitten, und die Wachstumskräfte schwinden von Jahr zu Jahr.“



DIE STRAFFE  
EZB-GELDPOLITIK  
WIRKT, SIE DARF  
ABER NICHT ZU  
FRÜH NACHLASSEN

ARNO BÄCKER,  
Deutsche Bundesbank

Hamburger Abendblatt 11.11.2023

## Später in Rente? Warum ein Experte in Hamburg dafür plädiert

Wie kann die Konjunktur wieder anziehen? Beim Treffen von UV Nord, Industrieverband und Bundesbank gab es umstrittene Vorschläge

Andreas Dey

Hamburg. In einem insgesamt schwächelnden wirtschaftlichen Umfeld steht Hamburg noch vergleichsweise gut da. Um 0,1 Prozent (real) dürfte die Wirtschaftsleistung in der Hansestadt 2023 schrumpfen, gab Finanzsenator Andreas Dressel (SPD) kürzlich bekannt – verglichen mit einem Rückgang von 0,4 Prozent bundesweit. Für 2024 erwartet der Senat dann ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,1 Prozent, während es bundesweit nur 1,3 Prozent sein sollen.

Immerhin. Aber für wirklich gute Laune in der Wirtschaft sorgen diese Aussichten noch nicht – das wurde bei der Jahresveranstaltung „Konjunkturperspektiven 2024“ von UV Nord, der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein, dem Industrieverband Hamburg (IVH) und der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern

und Schleswig-Holstein deutlich. „Wir schrumpfen“, stellte UV-Nord-Präsident Philipp Murmann am Freitag in Räumen der Bundesbank zur Begrüßung fest.

Doch statt Hemmnisse und Bürokratie für die Unternehmen abzubauen, diskutiere das Land über die Vier-Tage-Woche und die Work-Life-Balance, so Murmann. Zwar gebe es erste Anzeichen, dass der Abschwung im kommenden Jahr abklingen werde. „Dies darf aber nicht zu einem weiteren Wegschauen oder einer Bevormundung seitens der Politik führen.“ Die Wirtschaftspolitik müsse die Standortqualität verbessern.

„Wir stolpern/durch das Jahr 2023“, stellte Professor Stefan Kooths, Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW), fest. Für 2024 rechne er aber mit einer moderaten Erholung – darin seien sich ausnahmsweise mal alle Wirtschaftsforschungsinstitute einig. Die Kaufkraft kehre langsam zurück, mit ihr

werde der Konsum als ein Konjunkturmotor anspringen.

Die politische Unsicherheit bleibe dagegen hoch, sagte Kooths. Die Industrie leide unter der Exportflaute, der Wohnungsbau sei in Schockstarre verfallen. Die oft bemühte Floskel von der „De-



Chillen an der Elbe oder malochen im Hafen – das liegt in Hamburg dicht beieinander. Möglicherweise werden sich die Verhältnisse etwas verschieben. DPA

industrialisierung“ sehe er dagegen differenziert: Bei der Industrieproduktion sei Deutschland zwar zurückgefallen – bei der Bruttowertschöpfung dagegen Spitze in Europa. Dass das Land weniger produziere, dafür aber werthaltigere Güter, könne auch ein positives Zeichen sein.

Für Heiterkeit sorgte Stefan Kooths mit seiner Analyse zum Arbeitsmarkt. Dieser sei trotz der Krise stabil. Die Zahl der Beschäftigten steige aber nur auf Basis von Zuwanderung, während die deutsche Erwerbsbevölkerung bereits abnehme. Gegensteuern könne man nur, indem die Menschen wieder mehr arbeiteten oder eben später in Rente gingen. Da eine Kürzung der Renten ebenso wenig durchsetzbar sei wie eine Erhöhung der Beiträge, bleibe nur die Erhöhung des Rentenbeitragsalters, so Kooths. Das sei „keine Raketenwissenschaft, sondern Volksschule Sauerland“, zitierte er den früheren SPD-Chef Franz Müntefering – dafür gab es Applaus.

Auch Johannes Hoffmann, Leiter der Abteilung Internationale und europäische Wirtschaft der Deutschen Bundesbank, hatte die Lacher einmal auf seiner Seite. Er verteidigte die straffe Geldpolitik der EZB und äußerte die Hoffnung, dass die mehrfach erhöhten Zinsen nun stabil bleiben werden: „Wenn alles so weitergeht, wie wir es erwarten, wird es keine weitere Zinserhöhung geben“, sagte er. Den Anschlusssatz „Wenn nicht, dann ...“ ging im Gelächter unter.

Der IVH-Vorsitzende Matthias Boxberger beklagte „falsche Prioritäten, Gezänk, Entscheidungsschwäche und handwerkliche Mängel der Bundespolitik“, daher komme Deutschland anders als seine Nachbarn nicht wieder auf die Wachstumspur. „Die Folgen spüren wir auch in Hamburg: Auftragsrückgang und Investitionszurückhaltung in industriellen Kernbranchen“, so Boxberger. Es brauche jetzt dringend einen Ruck im Land für wirtschaftliche Vitalität.

## **Sozialstaat, Klimaschutz sowie Wohlstand und Beschäftigung sind auf eine funktionierende Wirtschaft angewiesen**

Hamburg, 10. November 2023. Die Jahresveranstaltung „Konjunkturperspektiven 2024“ von UVNord und IVH sowie der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein zur konjunkturellen Entwicklung der norddeutschen Wirtschaft im kommenden Jahr fand heute bei der im Haus der Deutschen Bundesbank in Hamburg statt. Im Rahmen der Veranstaltung gaben die Spitzen von UVNord, Dr. Philipp Murmann, und IVH, Matthias Boxberger, Dr. Arno Bäcker, Präsident der Hauptverwaltung sowie die beiden Referenten Dr. Johannes Hoffmann, Leiter der Abteilung Internationale und europäische Wirtschaft der Deutschen Bundesbank und Prof. Dr. Stefan Kooths, Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW), einen Ausblick in das Wirtschaftsjahr 2023.

**Dr. Arno Bäcker** unterstricht in seiner Begrüßung „Die straffe Geldpolitik wirkt, aber das Eurosystem darf nicht zu früh nachlassen. Vielmehr werden die Leitzinsen ausreichend lange auf einem ausreichend hohen Niveau liegen müssen. Ob die Zinsen schon ihren Hochpunkt erreicht haben, lässt sich noch nicht sagen: Der EZB-Rat bleibt strikt datenabhängig.“

In seiner Einführung betonte **Dr. Philipp Murmann, Präsident UVNord – Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein**: „Seit über einem Jahr befindet sich Deutschland im Abschwung. Erste Anzeichen mehren sich, dass sich die Entwicklung im kommenden Jahr ändern und der Abschwung abklingen kann. Dies darf aber nicht zu einem weiteren Wegschauen oder einer Bevormundung seitens der Politik führen. Die Wirtschaftspolitik muss endlich die Standortqualität verbessern und vor allem wieder für Vertrauen in Wirtschaft und Gesellschaft sorgen. Die Investitionszurückhaltung der Unternehmen kann nur mit klaren und verlässlichen Rahmenbedingungen für Investitionen am Standort aufgelöst werden. Alle Akteure dürfen nicht vergessen, dass wir nur mit einer intakten Wirtschaft den Sozialstaat mit seinen wichtigen Errungenschaften aufrechterhalten können, dem Klimawandel wirksam begegnen können und Wohlstand sowie Beschäftigung sichern können. Das Maßnahmenpaket zur Planungsbeschleunigung vom Bund und den Ländern ist ein erstes richtiges Signal! Die Vorschläge müssen aber auch zügig umgesetzt werden, und zwar im Bund und in den Ländern.“

„Die Weltwirtschaft hält sich angesichts vielfältiger Belastungen recht gut, größere Impulse sind vorerst nicht zu erwarten“, so denn auch **Dr. Johannes Hoffmann, Leiter der Abteilung Internationale und europäische Wirtschaft der Deutschen Bundesbank**.

„Die deutsche Konjunktur stolpert durch das Jahr 2023, für 2024 fällt die erwartete Erholung moderat aus. Dass die Wirtschaft damit dennoch schon bald an die Produktionsmöglichkeiten stößt, zeigt, wo vor allem der Schuh drückt: Das Produktionspotenzial hat in den zurückliegenden Krisen gelitten und die Wachstumskräfte schwinden von Jahr zu Jahr. Umso wichtiger wird es, an den Stellgrößen zu drehen, die die Wirtschaftspolitik selbst in der Hand hat, um den Standort zu stärken“, so **Prof. Dr. Stefan Kooths, Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW)** in seinem Expertenbeitrag.

Auch **Matthias Boxberger, Vorstandsvorsitzender des Industrieverbands Hamburg (IVH)** fordert: „Die Konjunkturzahlen zeigen es deutlich und schmerzlich: Deutschland ist wirtschaftlich weiter in die Abstiegszone gerutscht! Falsche Prioritäten, Gezänk, Entscheidungsschwäche und handwerkliche Mängel der Bundespolitik führen dazu, dass Deutschland anders als seine europäischen Nachbarn nicht wieder auf die Wachstumsspur kommt. Die Kraft der Industrie erschöpft sich zusehend angesichts zu hoher Energiepreise und bürokratischer Drangsal. Die Folgen spüren wir auch in Hamburg: Auftragsrückgang und Investitionszurückhaltung in industriellen Kernbranchen. Es braucht jetzt dringend einen Ruck im Land für wirtschaftliche Vitalität zur Bewältigung der Krise und um die ambitionierten Klimaschutzziele auch mit wirtschaftlicher Kraft umsetzen zu können. Nur dann werden wir für andere Regionen der Welt auch ein Vorbild in Sachen Nachhaltigkeit sein können.“



# Wirtschaft plädiert für „Zukunftsallianz Ostsee“

Geplanter Nationalpark laut Unternehmensverband Nord das falsche Instrument

Für die schleswig-holsteinische und hamburgische Wirtschaft stellt die Einrichtung eines Nationalparks kein geeignetes Instrument zum Schutz der Ostsee dar. Dies bekräftigen der Präsident des Unternehmensverbandes (UV) Nord, Dr. Philipp Murmann, und Hauptgeschäftsführer Michael Thomas Fröhlich vergangene Woche in Kiel. Der UV Nord setzt stattdessen auf den Fortgang des Konsultationsprozesses und spricht sich für die Gründung einer „Zukunftsallianz Ostsee“ aus.

„Aus unserer Sicht ist ein geplanter Nationalpark Ostsee insgesamt kein mehrheitsfähiges Instrument, um die Ostsee wirklich zu schützen“, erklärte Murmann unter Verweis auf die Bedenken vor einer weiteren Regulierung, die viele Wirtschaftsbetriebe im Land hätten. Gerade die mittelständisch geprägte Wirtschaft im Norden brauche klare Leitplanken und sichere wie verlässliche Zukunftsvorstellungen: „Die wesentliche Sorge ist, dass durch eine zunehmende Überregulierung weitere Einschränkungen drohen und das Instrument eines Nationalparks immer weiter ausufert, auch wenn jetzt ein Kompromiss gefunden wird. Das Bauchgefühl der Wirtschaft ist, dass sich der Staat immer mehr einmischt“, so Murmann. Ob Campingplatzbetreiber, Fischer, Tourismus oder Landwirtschaft: Es gebe viele Bedenken, dass die Luft durch zunehmende Einschränkungen immer dünner werde und Betriebe dadurch ihre Existenz gefährdet sähen.



Michael Thomas Fröhlich Fotos: jh

## „Falsches Signal zur falschen Zeit“

Die Ostsee sei ein wesentliches Element der Heimat Schleswig-Holstein – wie Lebens- und schützenswert sie ist, hätten alle am Konsultationsprozess Beteiligten erkannt und deutlich gemacht. Die bisherigen Ergebnisse des Prozesses, an dessen Workshops auch der UV Nord teilgenommen hat, hätten laut Murmann nicht deutlich machen können, „inwieweit ein Nationalpark mit nicht unerheblichen

Nullnutzungszonen das richtige Instrument sein soll“. Verboten und das Einschränken von Nutzungsmöglichkeiten seien in einer Zeit, in der die Wirtschaft sich mit anderen Problemen konfrontiert sehe, „das falsche Signal zur falschen Zeit“. Letztendlich stünden Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne) andere Instrumente zur Verfügung, um einzelne Zonen auszuweisen und zu schützen. Es gebe vonseiten der Wirtschaft viel Verständnis für einzelne Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Wasserqualität der Ostsee beitragen. Die großen Nullnutzungszonen hätten jedoch viele verschreckt und die Sorge vor nicht einschätzbaren Einschränkungen wachsen lassen.

„Als freiwillig organisierte Wirtschaft Norddeutschlands schlagen wir vor, eine Zukunftsallianz zum Schutz der Ostsee zu bilden“, so der UV-Nord-Präsident. Dabei sollten die Ergebnisse des Konsultationsprozesses gemeinsam mit allen relevanten Akteuren genutzt und die Workshops fortgeführt werden. Als Vorbild für ein dauerhaftes Forum könne das „Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung“ dienen. Ebenso wie beim Dialogforum Fehmarnbelt würde sich die Wirtschaft personell und finanziell daran beteiligen, betonten Präsident und Geschäftsführer. Eine klare Einladung zum Dialog ergehe daher an alle Verbände, denen das Thema Ostsee am Herzen liege und „nicht nur der parteipolitische Zwischenerfolg“. Der nächste „logische Schritt“ sei es, so Murmann, den Dialog anhand konkre-

ter Maßnahmen und Vorschläge im Umgang etwa mit Munition, Sauerstoffmangel oder Nährstoffeinträgen aufzunehmen.

Für den UV Nord sei das Thema keine Eintagsfliege, sondern gehöre für eine positive Entwicklung der Ostsee dauerhaft auf die politische Agenda. So müsse insbesondere bei der Munitionsräumung vonseiten des Bundes „Druck auf den Kessel“ kommen, betonte Fröhlich: „Wenn Dr. Robert Habeck seine Liebe für die Ostsee manifestiert, gehört es auch dazu, dass er in Berlin Überzeugungskraft für die Munitionsräumung leistet.“ Murmann warb zudem dafür, den Begriff „Allianz für die Ostsee“ weiter zu fassen: „Die Ostsee hört nicht an den schleswig-holsteinischen Grenzen auf“, weshalb gemeinsam mit weiteren Anrainern auf die genannten Themen geschaut werden müsse.



Dr. Philipp Murmann

## Dauerhafter Erfolg nur mit Dialog und Konsens

„Einen Nationalpark gegen den Willen der Bürger und der Ansässigen vor Ort durchzusetzen, wird auf Dauer nicht zu einem glücklichen Ergebnis führen“, hielt Murmann fest. Ein Dialog in Form einer Zukunftsallianz sei hingegen geeignet, Maßnahmen im Konsens umzusetzen. Ein Vergleich etwa mit dem Nationalpark Wattenmeer hinke: „Die Nutzung des Wattenmeeres war eine andere als bei den nun diskutierten Flächen an der Ostsee. Dort herrscht eine ganz andere Nutzungsstruktur“, betonte Murmann. Als der Nationalpark Wattenmeer auf den Weg gebracht wurde, habe es zudem keinen Ukraine-Krieg gegeben, erklärte Fröhlich, und verwies auf die veränderte Bedeutung der an der Ostsee stationierten Marine: „Wir brauchen die Freiheit auch für die Marine beziehungsweise die Bundeswehr als wichtiges Verteidigungselement, um dort entsprechend agieren zu können.“

Der UV Nord will die Idee der Zukunftsallianz Ostsee als Vorschlag verstanden wissen und werde als „Anwalt des Mittelstandes“ weiter dafür einstehen, dass die Betriebe im Land auch künftig angemessen beachtet würden: Arbeitsplätze, Ausbildungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Verantwortung vor Ort seien Wurzeln des Erfolgs in Schleswig-Holstein. „Unser Ziel ist, unsere Region möglichst stabil, wachstumsorientiert und innovativ nach vorn zu bringen“, resümierte Murmann mit Blick auf die weit über-

wiegende Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen im Land, die das Rückgrat der schleswig-holsteinischen Wirtschaft bildeten. Diese seien stark in der Region verankert und hätten ein großes Interesse daran, kooperativ mit Politik, Verwaltung und Gesellschaft zusammenzuarbeiten.

Inzwischen teilte das Kieler Umweltministerium mit, dass Schleswig-Holstein Pilotregion bei der Bergung von Munitionsaltlasten in der Ostsee werden solle (siehe Seite 17). Die Bundesregierung werde eine entsprechende Ausschreibung starten.

Julian Haase

## UV Nord

Der Unternehmensverband (UV) Nord ist der wirtschafts- und sozialpolitische Spitzenverband der norddeutschen Wirtschaft und vertritt über seine angeschlossenen 114 Arbeitgeber-, Wirtschafts- und Unternehmensverbände die Interessen von mehr als 100.000 freiwillig angeschlossenen Mitgliedsunternehmen, die in Hamburg und Schleswig-Holstein rund 1,8 Millionen Menschen beschäftigen. Der UV Nord ist zugleich die Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). pm

# „Wie ein Reifenwechsel während der Fahrt“

Klimawandel, Wohnungsnot, Fachkräftemangel: Politik und Wirtschaft stehen vor vielen Herausforderungen auf einmal – auf einem Kongress in Kiel herrscht Einigkeit, dass diese solidarisch und sozial verträglich gelöst werden müssen

Kay Müller

**D**aniel Günther hat einen Traum. Und der ginge in Erfüllung, „wenn wir es schaffen, klimaneutrales Bundesland zu werden und trotzdem eine Gesellschaft haben, die solidarisch ist und zusammenhält“.

Der CDU-Chef ist zu Gast beim Transformationskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes gestern in einem Kieler Hotel. Und er diskutiert auf dem Podium vor gut 200 Gästen, wie er seinen Traum verwirklichen kann. Neben ihm steht Matthias Boxberger, der an diesem Tag die Unternehmensverbände Nord repräsentiert. „Wir sind in einer Situation, in der wir die Reifen während der Fahrt wechseln müssen“, sagt Boxberger. „Und das auf einer schlechten Straße.“

Es ist nicht häufig, dass sich Unternehmer und Gewerkschaften einig sind, doch an diesem Tag loben beide Seiten die Sozialpartnerschaft. Die DGB-Vorsitzende Laura Pooth sagt aber auch, dass die Menschen sich „angesichts der steigenden Preise fragen, wie sie sich das Leben noch leisten können“. Günther, der ja einer Partei angehört, die nicht wirklich gewerkschaftsnah ist, will diesen Satz aber noch unterstreichen und spielt auf der Klaviatur der Sozialpoli-



Wollen Jobs in nachhaltigen Betrieben schaffen und die Wirtschaft ankurbeln: Daniel Günther (l.), Laura Pooth und Matthias Boxberger. Foto: Michael Staudt

tiker. „Die Herausforderungen sind so groß, dass die Menschen sich fragen, ob wir das alles schaffen können“, sagt Günther, der sogar einmal „einen starken Staat“ fordert. Die Menschen hätten nach den Krisen ein Bedürfnis nach Normalität. „Es gibt aber einen Dissens von dem, was die Menschen erwarten und was wir vor uns haben.“ Es gehe darum, die Menschen mitzunehmen. Und mit Blick auf das Hei-

zungsgesetz wird er dann doch noch eine Spitze gegen seinen Grünen Koalitionspartner im Land los: „Die Menschen brauchen eine angemessene Vorbereitungszeit.“ Dann könnten sie die Veränderungen mittragen. Doch Günther sagt auch für die Gewerkschafter im Saal unbequeme Sätze, etwa, dass Deutschland ein „deutlich besseres Bild von Unternehmern braucht“. Da nickt Boxberger heftig, der kurz

darauf sagt, dass es eben jene Firmenchefs sind, die die Jobs sichern. Und: „Nachhaltiges und klimaneutrales Wirtschaften steht für die Unternehmer im Norden mittlerweile ganz oben auf der Agenda.“ Da muss natürlich Laura Pooth gute Löhne für gute Arbeit fordern. „Nur mit sicherer Arbeit, fairer Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen schaffen wir das nötige Vertrauen in die Verän-

derungsprozesse.“ Und die Gewerkschafterin fordert „Investitionen in bezahlbaren Wohnraum, eine gute Gesundheitsversorgung, personell gut ausgestattete Kitas und Schulen sowie gute Verkehrsverbindungen.“ Nur dann könne man die benötigten Fachkräfte davon überzeugen, den Wandel in Schleswig-Holstein erfolgreich mitzugestalten. Und wenn Boxberger und Günther einen Bürokratieab-

bau fordern, kritisieren die Gewerkschafter im Saal, dass damit auch „immer ein Abbau von Arbeitnehmerrechten verbunden ist“. Günther „fühlt sich da gar nicht angesprochen“, sagt dann aber doch, dass man nicht darum herumkomme, „bestimmte Regelungen zurückzuführen und ein Stück weit zu mehr Eigenverantwortung zurückzukommen“. Man könne nicht alle Bereiche regeln, in denen man eine gewisse Ungerechtigkeit vermute.

Ansonsten herrscht weitgehend Harmonie im Raum. Alle wissen, dass Fachkräfte nötig sind. Alle wissen, dass der Wirtschaftsraum Schleswig-Holstein attraktiver werden muss, wenn das Land und die Menschen von der Transformation in eine klimaneutrale Welt profitieren wollen. Und alle wissen, dass der Weg dorthin für viele Menschen schwer sein wird, weil nicht mehr alle dort arbeiten werden, wo sie heute beschäftigt sind. Und nun haben die Gewerkschaften mal mit der Politik und den Unternehmern gesprochen – aber eben nicht darüber, wie man den Menschen denn nun konkret die Ängste auf dem Weg in eine klimaneutrale Welt nehmen könnte.

Immerhin: Zumindest einer hat ja einen Traum, wie das gelingen kann. Und wohl alle hoffen im Clubsaal des noblen Kieler Hotels, dass der nicht zerplatzt.

## Flensburg Avis 29.09.2023

### Wirtschaft: Zukunftsallianz anstatt Nationalpark Ostsee

Volker Metzger/dpavm@fla.de

Kiel/Schleswig. Die Verwirklichung eines Nationalparks Ostsee nach den Vorstellungen der Grünen-Landtagsfraktion scheint in immer weitere Ferne zu rücken

Nachdem sich bereits Tourismusunternehmen und -verbände, Fischer, Landwirte und Kommunen an der Küste im Rahmen eines umfangreichen Konsultationsprozesses gegen einen Nationalpark votiert haben, da sie Einschränkungen befürchten, hat nun auch die norddeutsche Wirtschaft klar gegen einen Nationalpark Position bezogen.

Ein Nationalpark wird vom Unternehmensverband Nord (UVNord) kritisch gesehen, für mehr Schutz des Meeres zeigt er sich aber offen. »Wir schlagen stattdessen eine Zukunftsallianz Ostsee vor«, sagte UVNord-Präsident Philipp Murmann.

Vorbild könne das Dialogforum zur festen Fehmarnbeltquerung sein. Die Wirtschaft sei bereit, sich personell und finanziell zu beteiligen.

Grund der Ablehnung der Pläne von Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grünen) ist die Sorge vor Überregulierung. 70 bis 80 Prozent der Unternehmen stünden der Idee eines Nationalparks kritisch gegenüber, sagte Murmann. »Der Hauptgewinner der

bisherigen Diskussion ist aber die Ostsee selbst.« Es könne nach der Debatte kein Übergehen zur Tagesordnung geben. Die Wirtschaft brauche bei diesem Thema nicht erst überzeugt zu werden.

Offen zeigte sich Murmann beispielsweise für einzelne neue Schutzzonen. Es existierten sauerstoffarme Zonen in dem Meer, wo Fauna und Flora anders geschützt werden müssten als bisher.

»Einen Nationalpark durchzusetzen gegen die Bevölkerung und auch gegen die Ansässigen, wird auf Dauer aber nicht zu einem glücklichen Ergebnis führen.«

Murmann sprach von einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. »Die Verantwortlichen in den Betrieben müssen aber auch in den Wünschen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung angemessen Beachtung finden.« Es gebe viele Bedenken und »eine gewisse Abwehrhaltung gegenüber dem Schwert Nationalpark«. UVNord-Hauptgeschäftsführer Michael Thomas Fröhlich verwies darauf, dass sich die Situation der Ostsee nicht so einfach mit dem Nationalpark Wattenmeer vergleichen lasse. Der Krieg in der Ukraine habe die Lage verändert. »Wir brauchen heute auch die Freiheit der Marine, in der Ostsee zu

agieren.«

Zudem habe die Politik bislang kein schlüssiges Gesamtpaket vorgelegt.

Am vergangenen Wochenende hatten sich die gemeinsam mit der CDU in Schleswig-Holstein regierenden Grünen auf einem Parteitag klar für einen Nationalpark ausgesprochen. Vor den Delegierten warb auch der frühere Landesumweltminister und aktuelle Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck dafür.

Der Widerstand beim Koalitionspartner Union ist aber immens. Mehrere Kreisverbände und der Landesvorstand um den Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Daniel Günther sprechen sich in einem Antrag für den Landesparteitag am 5. Oktober klar gegen einen Nationalpark aus. Sie wollen den schlechten Zustand des Meeres stattdessen mit Hilfe von freiwilligen Vereinbarungen sowie Steinriffen und Seegrasswiesen verbessern.

Einen Nationalpark durchzusetzen gegen die Bevölkerung (...), wird auf Dauer aber nicht zu einem glücklichen Ergebnis führen. Philipp Murmann, Präsident Unternehmensverband Nord

# UV Nord schlägt Dialogforum zum Ostseeschutz vor

Wirtschaft sagt Nein zum Nationalpark, ist aber bereit, über Schutzzonen zu reden

VON ANNE HOLBACH

**KIEL.** Der Unternehmensverband Nord kann der Idee für einen Nationalpark Ostsee von Schleswig-Holsteins Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne) nicht viel abgewinnen, will aber den Dialog über Maßnahmen zum Meeresschutz weiterführen.

„Wir sollten die Ergebnisse aus dem Konsultationsprozess nutzen und fortführen“, sagte UV-Nord-Präsident Philipp Murmann gestern. „Wir schlagen vor, ein dauerhaftes Forum zum Schutz der Ostsee zu installieren.“ Vorbild könne das Dialogforum zur Fehmarnbeltquerung sein.

Murmann spricht von einer „Zukunftsallianz zum Schutz der Ostsee“ bei der alle für

den Meeresschutz relevanten Akteure mitmachen sollen. „Das ist auch eine klare Einladung an Greenpeace, BUND oder Nabu – an alle, denen das Thema am Herzen liegt“, sagte UV-Nord-Hauptgeschäftsführer Michael Thomas Fröhlich. So könne gemeinsam

nach Lösungen gesucht werden, um Problemen wie Nährstoffeinträgen und sauerstoffarmen Zonen im Meer zu begegnen. „Wir müssen auch gegenüber dem Bund mehr Dampf unter den Kessel bekommen, was das Thema Munitionsräumung betrifft.“

Auch andere Anrainer sollten Teil der Allianz werden, die Ostsee höre schließlich nicht an den Landesgrenzen auf. Die Wirtschaft im Norden sei bereit, sich an einem solchen Forum personell und finanziell zu beteiligen. „Welches Juwel wir hier mit der Ostsee haben, ist allen klar“, so Murmann. Es existierten sauerstoffarme Zonen in dem Meer, wo Fauna und Flora anders geschützt werden müssten als bisher. „Ich glaube schon, dass man über einzelne Schutzzonen reden kann.“

Ein Nationalpark Ostsee mit nicht unerheblichen Null-Nutzungszonen sei jedoch nicht das richtige Instrument. Schon gar nicht, wenn er von oben gegen den Willen vieler durchgesetzt werden solle.

70 bis 80 Prozent der Unternehmen stünden der Idee kritisch gegenüber. „In der Wirtschaft überwiegt die Sorge vor Überregulierung.“ Ob unter Fischern, Sporttreibenden, in Tourismus oder Landwirtschaft: Goldschmidts Vorschlag habe sich als nicht mehrheitsfähig erwiesen. Die Vollversammlungen der Industrie- und Handelskammern in Kiel und Lübeck haben gerade eine Resolution verabschiedet, die einen Nationalpark ablehnt. Die Grünen hatten sich kürzlich auf ihrem Parteitag dafür ausgesprochen, das Projekt Nationalpark weiterzuverfolgen. Der Regierungspartner CDU positioniert sich aber dagegen und favorisiert freiwillige Vereinbarungen zum Ostseeschutz.



UV-Nord-Präsident Philipp Murmann über die Diskussion zur Ostsee: „Ich glaube schon, dass man über einzelne Schutzzonen reden kann.“

FOTO: EIS (ARCHIV)

# Wirtschaft regt Zukunftsallianz zum Schutz der Ostsee an

Einen Nationalpark Ostsee lehnt die norddeutsche Wirtschaft ab – Für einen besseren Meeresschutz solle dennoch gesorgt werden

VON ANDRE KLOHN

**KIEL.** Einen Nationalpark Ostsee sieht die norddeutsche Wirtschaft kritisch. Für mehr Schutz des Meeres zeigte sich der Unternehmensverband gestern aber offen. „Wir schlagen stattdessen eine Zukunftsallianz Ostsee vor“, sagte UVNord-Präsident Philipp Murmann. Vorbild könne das Dialogforum zur festen Fehmarnbeltquerung sein. Die Wirtschaft sei bereit, sich personell und finanziell zu beteiligen.

Grund der Ablehnung der Pläne von Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grünen) ist die Sorge vor Überregulierung. 70 bis 80 Prozent der Unternehmen stünden der Idee eines Nationalparks kritisch gegenüber, sagte Murmann. „Der Hauptgewinner der bisherigen Diskussion ist aber die Ostsee selbst.“ Es könne nach der Debatte kein

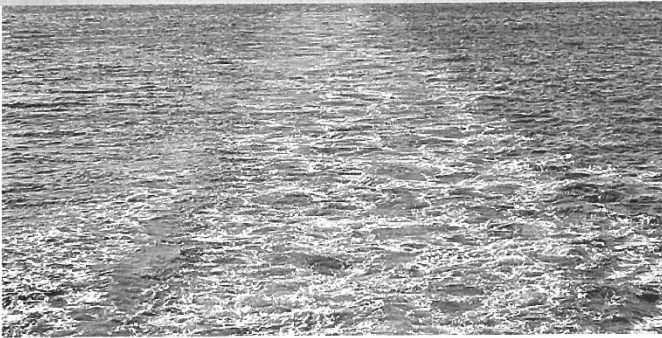
Übergehen zur Tagesordnung geben. Die Wirtschaft brauche bei diesem Thema nicht erst überzeugt zu werden.

Offen zeigte sich Murmann beispielsweise für einzelne neue Schutzzonen. Es existierten sauerstoffarme Zonen in dem Meer, wo Fauna und Flora anders geschützt werden müssten als bisher. „Einen Nationalpark durchzusetzen gegen die Bevölkerung und auch gegen die Ansässigen wird auf Dauer aber nicht zu einem glücklichen Ergebnis führen.“

Murmann sprach von einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. „Die Verantwortlichen in den Betrieben müssen aber auch in den Wünschen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung angemessen Beachtung finden.“ Es gebe viele Bedenken und „eine gewisse Abwehrhaltung gegenüber dem Schwert Nationalpark“.

UVNord-Hauptgeschäftsführer Michael Thomas Fröhlich verwies darauf, dass sich die Situation der Ostsee nicht so einfach mit dem Nationalpark Wattenmeer vergleichen lasse. Der Krieg in der Ukraine habe die Lage verändert. „Wir brauchen heute auch die Freiheit der Marine, in der Ostsee zu agieren.“ Zudem habe die Politik bislang kein schlüssiges Gesamtpaket vorgelegt.

Ein Sprecher des Umweltministeriums sagte, die Debatte über das Thema Nationalpark sei in den letzten Wochen „emotional geführt worden. Deshalb begrüße das Ministerium den konstruktiven Ton der Wirtschaft. Das Ministerium nehme deren Vorschlag wie alle anderen Initiativen auf und werde Ende des Jahres einen Vorschlag für einen besseren Schutz der Ostsee vorlegen.“



Die Ostsee benötigt mehr Umweltschutz, über das „wie“ wird gestritten, Foto: Timo Jann

Maritime Wirtschaft

# Wirtschaft gegen Öko-Zwang

28. September 2023

Die norddeutsche Wirtschaft sieht die Pläne von Schleswig-Holsteins Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grünen) für einen Nationalpark zum Schutz der Ostsee kritisch. 70 bis 80 Prozent der Unternehmen stünden der Idee eines Nationalparks kritisch gegenüber, sagte Philipp Murmann, Präsident des Unternehmensverbands Nord (UVNord). „Wir schlagen stattdessen eine Zukunftsallianz Ostsee vor“, sagt er. Vorbild könne das Dialogforum zur festen Fehmarnbeltquerung sein. Die Wirtschaft sei bereit, sich personell und finanziell zu beteiligen.

Grund der Ablehnung der umstrittenen Pläne von Goldschmidt ist die Sorge vor Überregulierung.

Offen zeigte sich Murmann für einzelne neue Schutzzonen. Es existierten sauerstoffarme Zonen in dem Meer, wo Fauna und Flora anders geschützt werden müssten als bisher. „Einen Nationalpark durchzusetzen gegen die Bevölkerung und auch gegen die Ansässigen wird auf Dauer aber nicht zu einem glücklichen Ergebnis führen“, so Murmann. Es gab bereits breite Proteste gegen die Pläne des Ministers. Murmann sieht eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. „Die Verantwortlichen in den Betrieben müssen aber auch in den Wünschen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung angemessen Beachtung finden“, berichtete er. Es gebe viele Bedenken und „eine gewisse Abwehrhaltung gegenüber dem Schwert Nationalpark“.

## Schiff&Hafen

Nationalpark Wattenmeer vergleichen lasse. Der Krieg in der Ukraine habe die Lage verändert. „Wir brauchen heute auch die Freiheit der Marine, in der Ostsee zu agieren“, so Fröhlich. Zudem habe die Politik bislang kein schlüssiges Gesamtpaket vorgelegt.

Ein Sprecher des Umweltministeriums begrüßte den konstruktiven Ton der Wirtschaft. Das Ministerium nehme deren Vorschlag wie alle anderen Initiativen auf und werde Ende des Jahres einen Vorschlag für einen besseren Schutz der Ostsee vorlegen.

Der Widerstand der Union gegen das Vorhaben der Grünen als Koalitionspartner ist immens. Mehrere Kreisverbände und der Landesvorstand um den Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Daniel Günther sprechen sich in einem Antrag für den Landesparteitag am 5. Oktober klar gegen einen Nationalpark aus. Sie wollen den schlechten Zustand des Meeres stattdessen mithilfe von freiwilligen Vereinbarungen sowie Steinriffen und Seegraswiesen verbessern. *tja/dpa*

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung  
28.09.2023

### Zukunftsallianz statt Nationalpark

**KIEL** Die norddeutsche Wirtschaft lehnt einen Nationalpark Ostsee ab. Für mehr Schutz des Meeres zeigte sich der Unternehmensverband gestern aber offen und regte eine Zukunftsallianz Ostsee an. Grund der Ablehnung eines Parks ist die Sorge vor Überregulierung. *sh:z*  
**Seite 2**





# Darum sind die Unternehmer gegen den Nationalpark Ostsee

Was die Verbände stattdessen für den Schutz des Meeres vorschlagen

Kay Müller

**S**ie müssen das jetzt einfach mal loswerden. Der Präsident und der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände (UV) Nord laden zur Pressekonferenz in ein nobles Kieler Hotel. Dort schildern Philipp Murmann und Michael Thomas Fröhlich, warum sie den von Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne) ins Spiel gebrachten Nationalpark Ostsee „nicht für ein mehrheitsfähiges Instrument halten, um die Ostsee zu schützen“, wie es der UV-Nord-Präsident ausdrückt.

„Unsere Betriebe haben große Bedenken, dass sich der Staat überall einmischt – und der Nationalpark wäre wieder so ein Fall“, sagt Murmann. Selbst wenn es am Ende einen Kompromiss bei der Ausweisung der „riesigen Flächen“ gebe, hätten viele Unternehmer Sorge, dass das Land später die Schutzmaßnahmen so verstärkt, dass Betriebe wirtschaftliche Einbußen hätten.

Dazu passt, dass die Mitglieder der Vollversammlungen der Industrie- und Handelskammern (IHK) Kiel und Lübeck eine Resolution verabschiedet haben, die einen Nationalpark Ostsee ablehnt. „Die Unternehmen schauen mit großer, teils existenzieller Sorge auf die von einem Nationalpark möglicherweise ausgehende Gefährdung ihrer Arbeit, ihrer Entwicklungsperspektiven und letztlich ihrer Zukunft“, sagt Hagen Goldbeck, Präsident der IHK Schleswig-Holstein.

Es gebe zwar auch Firmen, die die Chancen eines Nationalparks schätzten, aber das sei eben eine Minderheit, sagt Murmann, der die Interessen



Fürchten negative wirtschaftliche Folgen eines Nationalparks: Michael Thomas Fröhlich (l.) und Philipp Murmann. Foto: Michael Staudt

von 100 000 vor allem kleinen und mittleren Unternehmen in Hamburg und Schleswig-Holstein vertritt. „Ich schätze, dass die Ablehnung so bei 70:30 oder 80:20 liegt.“

Seit Monaten ringt die schwarz-grüne Koalition um den Nationalpark. Die Grünen haben auf ihrem Parteitag gerade einen einstimmigen Beschluss dafür gefasst, nächsten Donnerstag stimmt die CDU

*„Einen Nationalpark gegen die Bevölkerung durchzusetzen, kann nicht zu einem glücklichen Ergebnis führen.“*

**Philipp Murmann**  
UV-Nord-Präsident

auf ihrem Parteitag über einen Beschlussvorschlag mehrerer Kreisverbände und des Landesvorstands ab, die den Nationalpark ablehnen. Der Konsultationsprozess, bei dem viele Akteure nach ihrer Meinung gefragt werden, wird nächsten

Monat abgeschlossen. Für FDP-Chef Oliver Kumbartzky, der sich durch den UV Nord bestätigt fühlt, ist es „ein Treppenwitz, den Konsultationsprozess zu einem Nationalpark weiter laufen zu lassen, der am Ende gar nicht kommen wird“. Nach dem letzten Konsultationsworkshop will das Kabinett jedenfalls einen Vorschlag präsentieren, wie die Ostsee besser geschützt werden kann.

Das wollen auch die Unternehmer, nur eben nicht in einem Nationalpark. „Es gibt kein schlüssiges Gesamtkonzept“, meint Fröhlich. Er vermisst konkrete Schutzmaßnahmen für einzelne Gebiete. Die müsse Goldschmidt vorlegen. Zudem seien viele Fragen ungeklärt, etwa wie der Bau von Stegen und Anlagen an den Küsten mit einem Nationalpark vereinbar wäre. „Wir haben schon jetzt viel Bürokratie, und die würde mit einer neuen Verwaltung noch weiter zunehmen“, fürchtet Fröhlich.

Er befürwortet eine „Zukunftsbündnis für die Ostsee“. Dort sollten alle wichtigen Ak-

teure beteiligt sein, Murmann lädt dazu explizit die Naturschutzverbände ein. „Das Dialogforum zur festen Fehmarnbeltquerung könnte ein Vorbild sein“, sagt der UV Nord-Präsident. Dabei geht es nicht mehr darum, primär über das Projekt zu diskutieren, wohl aber, wie es am besten für alle umgesetzt werden kann. „Wir würden uns an einer Geschäftsstelle in demselben personellen und finanziellen Umfang wie auf Fehmarn beteiligen“, so Fröhlich.

Konkrete Vorschläge für den Meeresschutz hat er aber ebenso wenig wie Murmann, der jedenfalls „einzelne Zonen“ in der Ostsee besser schützen will. Wie genau, das müsse in der Allianz geklärt werden. Und Fröhlich ergänzt, dass man etwa über eine Reduzierung von Düngereintrag in die Meere, mehr sanften Tourismus und über freiwillige Selbstverpflichtungen der Meeresnutzer reden könne.

Der Hauptgeschäftsführer sieht beim Meeresschutz auch den Bund in der Verantwortung. „Da muss richtig Dampf auf den Kessel. Bei der Munitionsräumung haben wir bislang viel gehört, ohne dass etwas passiert ist.“

Solche Fragen seien aber unabhängig von einem Nationalpark zu klären. Der Meeresschutz stehe im Vordergrund, nicht ein neues „scharfes Schwert eines Schutzgebiets“, sagt Murmann. „Einen Nationalpark gegen die Bevölkerung durchzusetzen, kann nicht zu einem glücklichen Ergebnis führen.“

Die Frage ist nur, ob die Mehrheit Bevölkerung auch so denkt, wie die Mehrheit der Unternehmer. Aber die sind ihre Botschaft auf jeden Fall schon mal losgeworden.